

Dr. Paul Rübzig
Mitglied des Europäischen Parlaments

Mitglied des Budgetausschusses
Mitglied des Ausschusses für Industrie, Telekom, Forschung, Energie
Stv. Vorsitzender STOA Wissenschaftsausschuss
Stv. Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel

Erfolge 2014 – 2019

Am **26. Mai 2019** finden die Wahlen zum Europäischen Parlament, der einzigen direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte EU-Institution, statt.

In der laufenden Periode 2014 – 2019 konnte vieles umgesetzt werden. Vor allem auf die Bereiche Forschung & Innovation, KMU und Unternehmertum, Budget, Roaming, Energie und Handel legte Dr. Paul Rübzig seinen Schwerpunkt.

Forschung und Innovation:

Das noch laufende Forschungsprogramm Horizon2020 ist mit einer Dotierung von rund 80 Milliarden € das größte Rahmenprogramm für Forschung weltweit.

Aus Österreich konnten Hochschulen, Unternehmen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und öffentlichen Institutionen bisher rund 870 Millionen Euro aus Horizon 2020 lukrieren. Von den 2.188 bewilligten Beteiligungen aus Österreich entfallen 44,8 % auf die Säule Social Challenges, gefolgt von Industrial Leadership (25,7 %) und Excellent Science (25,4 %). Österreich ist an jedem zwölften erfolgreichen Proposal beteiligt.

Die ERA Roadmap hat als Ziel 1,5 Milliarden € in der gesamten Förderperiode zu lukrieren.
(Quelle: FFG, Stand Juni 2018)

Europa hinkt mit 2%-Forschungsquote dem gesteckten Ziel von 3% noch hinterher. Japan, Südkorea, USA oder China sind da voraus.

Forschungspolitik ist auch Sozialpolitik, denn rund 2/3 des Wirtschaftswachstum sind auf Innovationen und Forschung zurückzuführen. Es schafft gute Arbeitsplätze und das Wachstum erhöht die Steuereinnahmen des Staates. Dieser kann damit die Sozialsysteme finanzieren.

Ab 2021, wenn der Mehrjährige Finanzrahmen 2021 – 2027 beginnt, tritt das neue Forschungsprogramm "Horizont Europa" in Kraft. Dotiert ist es mit 100 Milliarden €. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf dem Thema Klimawandel – rund 35% des Budgets sind für Forschung, Innovation und Technologie gegen Klimawandel bereitgestellt.

Klein – und Mittelunternehmen

Klein- und Mittelunternehmen sind das Rückgrat der europäischen und österreichischen Wirtschaft. 85% aller neuen Arbeitsplätze werden von KMU geschaffen. Rund 99% der Menschen arbeiten in KMU, sie erwirtschaften mehr als 60% des gesamten Umsatzes.

Das Programm für die Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen ist COSME – es läuft, wie Horizon 2020, von 2014 – 2020 und ist mit rund 2,5 Milliarden € dotiert.

Ziel von COSME ist es, KMU dabei zu unterstützen besseren Zugang zu Finanzmittel und inner- sowie außereuropäischen Märkten zu bekommen, Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und unternehmerische Initiativen zu fördern.

Unternehmertum:

Das von Paul Rübiger initiierte EU-Programm "Erasmus für Jungunternehmer bietet Unternehmensgründern die Möglichkeit, bei einem erfahrenen Gastunternehmer in einem anderen Land das Handwerkszeug für einen erfolgreichen Start zu lernen. Bei dem Auslandsaufenthalt, der ein bis sechs Monate dauert, arbeitet der Jungunternehmer gemeinsam mit dem Gastunternehmer an konkreten Firmenprojekten und lernt unternehmerisches Handeln in der Praxis.

Das Programm sei ein konkretes Beispiel dafür, wie die Europäische Union jedem Bürger persönlich zusätzliche Möglichkeiten eröffne.

Das Programm läuft so erfolgreich, dass es 2018 weiter ausgebaut wurde. Zusätzlich zu den 28 Mitgliedsstaaten, den sechs Staaten des Westbalkan und den Staaten des EWR-Raumes stehen nun die USA, Israel und Singapur als Destination zur Verfügung.

2009 gestartet haben bisher 17.000 Teilnehmer an dem Austauschprogramm, das in Kooperation zwischen Europäischer Kommission und den Europäischen Wirtschaftskammern (Eurochambres) organisiert wird, teilgenommen.

Budget 2019

"Wichtig ist die Konzentration des EU-Haushalts auf Zukunftsbereiche", sagt Rübiger. Das sind unter anderem Forschung und Innovation sowie Bildungs- und Austauschprogramme."

94% des EU-Budgets fließen in die Mitgliedsstaaten, Gemeinden, Regionen, Unternehmen und Organisationen. Nur 6% müssen für die Verwaltung der EU aufgewendet werden.

Das EU-Budget ist nur 0,9% des gesamten GNI der Europäischen Union.

Das EU-Budget 2019 umfasst rund 165 Milliarden € an Zahlungsvereinbarungen. Erfolgreich konnte mehr Geld verhandelt werden für

Erasmus+	+ 240 Millionen
Horizon 2020	+ 150 Millionen
COSME	+ 5 Millionen
Jugendarbeitslosigkeit	+ 116 Millionen
Jobs & growth	+ 688 Millionen
EU-Außen- & Flüchtlingspolitik	+ 171 Millionen

2020 sollen noch zusätzlich 100 Millionen € für Erasmus+ und Horizon 2020 bereitstehen.

Digitaler Binnenmarkt:

"Für die europäischen Konsumenten ist die Abschaffung der Roaming-Gebühren eine beispiellose Erfolgsgeschichte."

Mehr als neun Milliarden Euro haben sie sich seit der ersten Deckelung der Aufschläge im Jahr 2007 erspart. Seitdem die Zuschläge im Sommer 2017 ganz weggefallen sind, explodiert die Handy-Nutzung im Ausland regelrecht.“

Jetzt müssen noch die Aufschläge für Telefonate ins EU-Ausland abschaffen und die Großhandelspreise für kleine nationale Anbieter für Auslandstelefonate gesenkt werden. *"Wenn wir den digitalen Binnenmarkt vollenden, gewinnt die europäische Wirtschaft laut einer Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Europaparlaments 415 Milliarden Euro."*

Bei der geplanten Überarbeitung der Roamingverordnung 2019 muss wiederum eine rasche Absenkung der Einkaufspreise auf ein vernünftiges Niveau ins Auge gefasst werden. Nur dann bleibt "Roam like at home" für alle Endkunden in Europa ein Erfolgsmodell und der Wettbewerb am EU-Telekommunikationsmarkt lebendig.

Zur Umsetzung des digitalen Binnenmarktes gehört aber auch ein massiver Ausbau der Infrastruktur. 5G-Technologie und modernste Glasfaser-Infrastruktur sind notwendig, damit digitaler Binnenmarkt und digitales Unternehmertum sich durchsetzen können. In diesem Zusammenhang erneuert Rübiger auch seine Forderung, die ungerechtfertigten Aufschläge für Telefonate vom Heimatnetz in andere EU-Länder abzuschaffen.

"Es ist absurd, dass ein Telefonat von Salzburg nach Freilassing drastisch mehr kostet als von Dornbirn nach Eisenstadt. Dies ist technisch nicht mehr begründbar und ein Überbleibsel aus den 70er Jahren. Wir wollen den digitalen Binnenmarkt durchsetzen.“

Energie & Klima

Wer eine sichere, erschwingliche und klimafreundliche Energieversorgung in Europa will, muss weitere Schritte zur Verwirklichung einer europäischen Energieunion setzen. Die europäische Energieunion ist zu Recht einer der wichtigsten politischen Prioritäten der EU.

Besonders drängt Rübiger auf den Ausbau und die Anpassung der Energieinfrastruktur an die zukünftigen Herausforderungen: *"Mehr erneuerbare Energien in Europa sind nur möglich, wenn wir die Infrastruktur massiv umbauen. Dazu brauchen wir eine rasche Einigung auf die 'Connecting Europe Facility', mit den grenzüberschreitenden Projekten bei den erneuerbaren Energien gefördert werden können, und eine Neuordnung des Strombinnenmarkts, um die Erneuerbaren bessere in den Markt zu integrieren.“*

Die neuen, im Dezember in Straßburg abgestimmten, europäischen Ziele für Energieeffizienz und Erneuerbare Energiequellen sind ein wichtiger Schritt zu einem effektiven Klimaschutz. Neben dem Klimaschutz muss es vor allem darum gehen, die Importe an fossilen Energieträgern wie Öl und Gas zu reduzieren. Dafür geben wir jedes Jahr das doppelte des gesamten EU-Haushaltes aus, der im Vorjahr rund 150 Milliarden Euro umfasst hat.

"Das wollen wir einerseits durch Energiesparen erzielen. Hier sehe ich das größte Potenzial in der Gebäudesanierung, und zwar auch was den Zuwachs an neuen Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum betrifft. Denn selbst, wenn wir nur ein Prozent des Gebäudebestands pro Jahr in Europa sanieren, wären das jedes Jahr 1,3 Millionen Gebäude."

Weiterer Punkt ist der Verkehr: Neben einem Ziel von 14 Prozent erneuerbaren Kraftstoffen bis 2030 muss hier ganz neu gedacht und Bereiche wie "kontinuierliches Fahren" in den Städten und "intelligentes Parken" forciert werden.

„Denn viel Luftverschmutzung durch Abgase und Feinstaub vor allem in den Städten entsteht durch das ständige Bremsen und Anfahren und jene Leute, die scheinbar ewig Parkplätze suchen. Hier müssen wir mehr in die Forschung investieren und deren Ergebnisse zügig in die Wirklichkeit umsetzen.“

Wichtig ist auch, dass die Einsparungen technologieneutral gestalten sind. Die EU braucht hier keine starren Vorgaben oder weltfremde Verbote gegen den Willen der Konsumenten und Bürger, sondern praktikable Lösungen, die auch umgesetzt werden können. Ob es sich dabei um Bio-Kraftstoffe, synthetische Kraftstoffe, Elektromobilität, gasbetriebene Fahrzeuge oder Brennstoffzellen handelt, darf keine Rolle für die Zielerreichung spielen.

Handel

„Globaler Handel ist eine Erfolgsgeschichte, mehr denn je müssen wir uns für den globalen Handel einsetzen. Dabei müssen wir vor allem die Menschen wieder mitnehmen, denen Populisten aberwitziger Weise einreden wollen, dass der Welthandel schlecht sei“, sagt Paul Rübiger, handelspolitischer Sprecher der ÖVP im Europäischen Parlament.

Der Welthandel unter dem Schirm der WTO eine Erfolgsgeschichte: Er hat wettbewerbsfähige Preise, Ersparnisse für Konsumenten und Firmen sowie mehr Arbeitsplätze und bessere Löhne durch den Export gebracht. Von den Preissenkungen profitieren Haushalte mit geringem Einkommen besonders.

"Die Rezepte der Populisten dagegen - seien es protektionistische Staatschefs, die Urheber des Brexit oder andere - führen direkt ins Verderben", sagt Rübiger. "Denn man kann die Globalisierung nicht aufhalten, indem man versucht, sie zu ignorieren oder sich von ihr abzuschotten. Sie ist und bleibt eine Realität. Wir wollen die Globalisierung daher zum Wohl der Menschen formen, bevor sie uns formt."

Auf WTO-Ebene müssen daher die neuen Herausforderungen wie Digitalisierung, Online-Handel, Investitionsförderung, die zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors und den Umgang mit Klein-, und Mittelbetrieben intensiver diskutiert werden. Diese kommen im WTO-Kontext bisher zu kurz.

Aktuell verhandelt wird auch eine Reform der WTO, hier ist der Knackpunkt vor allem die Besetzung der Berufungskommission, des Dispute Settlement Body. Die Vereinigten Staaten haben ihre Mitglieder noch nicht nachbesetzt. Die WTO ist das wichtigste globale Streitschlichtungsinstrument bei Handelsfragen.

Einer der wichtigsten Hebel der Europäischen Union weltweit aktiv zu sein sind die Handels- und Partnerschaftsabkommen.

Mit der Einigung auf Abkommen mit Japan und Singapur beweist die EU, dass sie eine Führungsrolle bei der Gestaltung der Globalisierung übernehmen möchte.

Dass es durch solche Abkommen rasch zu einem Aufschwung des Handels zum Wohl der Wirtschaft und der Menschen in den Partnerländern kommt, hat das EU-Südkorea-Abkommen eindrucksvoll bewiesen. In nur fünf Jahren haben die EU-Exporte nach Korea um 55 Prozent zugelegt, europäische Firmen haben sich 2,8 Milliarden Euro an Zöllen erspart. Jedes Handels- und Partnerschaftsabkommen, das die EU hat und neu abschließt, ist in unserem Interesse:

In Österreich hängt mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung und fast jeder zweite Job an der Exportwirtschaft, das sind mehr als zwei Millionen Arbeitsplätze. Die meisten der rund 58.000 österreichischen Exporteure sind KMU. Und diese brauchen Exportchancen in einem regelbasierten, fairen und offenen Handel am meisten.

Mit jedem neuen EU-Handelsabkommen, anerkennt ein weiterer Teil der Welt die europäischen Standards in Bereichen wie Umwelt-, Gesundheits- und Konsumentenschutz an. Diese Standards werden durch EU-Handelsabkommen daher gestärkt und nicht geschwächt. Japan und Singapur haben trotz großem Widerstand die 196 regionalen Herkunftstbezeichnungen der EU akzeptiert.

Das Partnerschaftsabkommen mit Japan zum Beispiel beinhaltet die Implementierung des Pariser Klimavertrages sowie hohe Standards im Bereich des Arbeitsrechts. Die Standards im Umwelt-, Gesundheits- oder Arbeitsschutz werden gestärkt, weil Japan sie künftig anerkennt. Explizit wird in dem Vertrag festgehalten, dass es jedem EU-Mitgliedstaat selbstverständlich weiterhin selbst überlassen bleibt, wie er seine öffentliche Daseinsvorsorge organisiert. Von einem Liberalisierungsdruck auf Wasser-, Gesundheitsversorgung, Nahverkehr usf. kann daher keine Rede sein.

Durch den Wegfall fast aller Zölle und bessere Wirtschaftszusammenarbeit werden die österreichischen Exporte nach Expertenprognosen um 2,2 Milliarden Euro oder fast 140 Prozent steigen, das bringt 5.000 neue Jobs in Österreich.

"Gerade in Zeiten, in denen sich zahlreiche Länder wirtschaftlicher Abschottung zuwenden und willkürliche Strafzölle einführen, ist es für Europa umso wichtiger, weltweit neue Exportmöglichkeiten zu erschließen. Das Handelsabkommen mit Japan trägt dazu bei, unseren heimischen Wirtschaftsstandort, unser Wirtschaftswachstum und unseren Wohlstand abzusichern", sagt Rübzig.

China ist ein großer und wichtiger Partner für die Europäische Union. Als EU treten wir für einen regelbasierten und fairen Handel auf. Daher müssen wir auch gegenüber China auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit bestehen: China kann in Europa investieren, wenn es im Gegenzug europäischen Firmen dasselbe im vollen Umfang erlaubt.

"Rechtssicherheit und der Schutz von Eigentumsrechten sind das notwendige Fundament für stabile Handelsbeziehungen, die für beide Seiten von Vorteil sind."

Wenn unsere Handelspartner diese Bedingungen erfüllen, dann kann man auf Augenhöhe Handel treiben und die wirtschaftliche Kooperation ausweiten. Für kritische Infrastruktur in Europa haben wir erst dieses Jahr im Europaparlament ein Überwachungssystem für ausländische Direktinvestitionen (FDI/Foreign Direct Investments) beschlossen."

InvestEU

Das Programm „InvestEU“ wird die Vielzahl der derzeit verfügbaren EU-Finanzierungsinstrumente zur Förderung von Investitionen unter einem Dach zusammenführen, wodurch die Finanzierung von Investitionsprojekten in Europa einfacher, effizienter und flexibler wird.

„InvestEU“ wird einen Fonds, eine Beratungsplattform und ein Portal umfassen.

Das Programm wird der weiteren Schaffung von Arbeitsplätzen und der Förderung von Investitionen und Innovationen in der EU dienen. Mit einer Laufzeit von 2021 bis 2027 baut „InvestEU“ auf dem Erfolg des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSl) des Juncker-Plans auf, indem das Programm eine EU-Haushaltsgarantie zur Förderung von Investitionen und des Zugangs zu Finanzmitteln in der EU bietet. Durch „InvestEU“ sollen zusätzliche Investitionen in Höhe von 650 Mrd. EUR mobilisiert werden.

Durch den Fonds „InvestEU“ werden vier Politikbereiche unterstützt: nachhaltige Infrastruktur; Forschung, Innovation und Digitalisierung; kleine und mittlere Unternehmen sowie soziale Investitionen und Kompetenzen.

https://ec.europa.eu/commission/publications/investeu-programme_en

EU-Initiative für Cybersicherheit – Cybersecurity Competence Center

In nur fünf Jahren könnten weltweit schon bis zu 22,3 Milliarden Geräte über das Internet der Dinge miteinander verbunden sein. Dadurch entstehen auch neue Möglichkeiten für Cyberkriminalität. Bei der Abwehr von Cyberkriminalität müssen wir daher effektiver zu werden, das hat höchste Priorität. Mit dem rumänischen EU-Vorsitz war es aber leider nicht möglich, hier einen Erfolg zu erzielen. Das ist eine verpasste Chance.

"Denn Bürger, Unternehmen, die Verwaltung und unsere politischen Systeme werden zunehmend im digitalen Bereich attackiert, die Cyberkriminalität wird immer komplexer. Nur wenn wir unsere Kräfte bündeln und gut koordinieren, können wir für die Cybersicherheit in Europa zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger und der Wirtschaft sorgen.",

Cybersicherheit ist auch eine Chance mit großem Marktpotenzial. Wir müssen die gesamte Wertschöpfungskette in diesem Bereich selbstständig abdecken, damit wir unseren Anteil an diesem rasch wachsenden Markt gegen die große Konkurrenz aus den USA und Asien sichern können.

Das Cybersicherheitszentrum und sein Netzwerk aus nationalen Koordinierungsstellen soll eng mit Fachhochschulen und Universitäten zusammenarbeiten und dabei helfen, Ergebnisse von Forschung und Entwicklung rasch auf den Markt und zu den Menschen zu bringen. Standardisierung und Zertifizierung von Cybersicherheits-Produkten und -Dienstleistungen könnten so vereinfacht und beschleunigt werden. Und die Ausbildung muss dringend und konsequent gefördert werden. Denn sonst könnten bis 2022 bis zu 350.000 gut ausgebildete Cybersicherheits-Experten fehlen.

Die Position des Europaparlaments zum geplanten Cybersicherheit-Kompetenzzentrum ist die Basis für neue Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten nach den Europawahlen im Mai.

Für Rückfragen:

Stefan Haböck
Pressesprecher

presse@paulruebig.eu
+43 650 53 53 23 0